

„Wir hatten mehr erwartet“

Ausländerorganisation ASTI enttäuscht über „marginales“ Interesse der Regierung an Integrationsfragen

Die Association de soutien aux travailleurs immigrés (ASTI) hatte sich im Bereich Integrationspolitik mehr erwartet, als das, was jetzt im Koalitionsprogramm steht – zumal sie vor den Wahlen Vorschläge für ein besseres Zusammenleben von Luxemburgern und Ausländern ausgearbeitet und diese mit den Parteien besprochen hatte. Gerade einmal eine Seite umfasst das Kapitel über Integration. Die Ausländervereinigung ist darüber tief enttäuscht und legte gestern bei einer Pressekonferenz dar, was sie sich gewünscht hätte.

Um das Problem des Demokratiedefizits zu lösen, hätte die ASTI erwartet, dass die Regierung in Sachen Kommunalwahlrecht die Nicht-Luxemburger mit den Luxemburgern gleichstellt und die Residenzdauer abschafft. Das ist aber nicht der Fall. Im Kapitel „Staat und Institutionen“ heißt es lediglich: „Les moyens tendant à améliorer la participation des ci-

toyens étrangers aux élections locales seront étudiées.“

Die ASTI hatte sich auch im Kampf gegen Diskriminierung mehr erwartet, zum Beispiel, dass die Regierung ihren Vorschlag aufgreifen und eine Beobachtungsstelle für Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus schaffen würde. „Die Politiker meinen vielleicht, dass es diese Phänomene in Luxemburg nicht gibt“, sagte die Vorsitzende Laura Zuccoli, „aber es gibt sie“.

Zusammenlebenstisch

Zwar finden in Luxemburg keine Ausschreitungen gegen Ausländer oder Flüchtlinge statt, wie man sie aus anderen europäischen Ländern kennt, dennoch mahnt die ASTI dazu, präventiv zu arbeiten. Sie schlägt die Schaffung eines „Zusammenlebenstisches“ vor, mit Vertretern, die Vorschläge für ein besseres Zusammenleben ausarbeiten.

Mit ihrer Immigrations- und Asylpolitik kann die Regierung punkten. Die ASTI freut sich, dass die Regierung „das Problem minderjähriger Flüchtlinge ohne erwachsene Begleitung ernst nimmt“, neue Wege für eine legale Einwanderung schaffen und eine würdige Rückführungspolitik schaffen möchte. Auch der geplante bessere Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge kommt bei der ASTI gut an.

Im Zuge der Regierungsbildung kam es in der Immigrations- und Asylpolitik zu einer Neuverteilung der Kompetenzbereiche. Das Familien- und Integrationsministerium bleibt für die gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge zuständig, die Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber wurden zusammen mit der Prozedur im Immigrationsministerium gebündelt. Die ASTI begrüßt diesen Schritt, sofern diese Neuverteilung von Vorteil für die

Asylbewerber ist. Auf keinen Fall dürfe sie zu Lasten der Menschen gehen.

Dank der Unterstützung der Oeuvre nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte konnte die ASTI zahlreiche Projekte zur Integration von Flüchtlingen umsetzen. Doch zum Ende des Jahres läuft die Finanzierung aus und die ASTI hat bereits Helfer (Integrationscoaches) entlassen müssen, weil die Projekte nun stoppen. Bis dato habe die Regierung die in der vergangenen Legislatur gesetzlich vorgeschriebene Auswertung der Projekte nicht vorgenommen und den Organisationen auch nicht mitgeteilt, ob sie die Projekte weiter finanzieren wird, empörte sich die ASTI gestern. Umso erstaunter war die Organisation, als sie im neuen Programm las, die Projekte zur Integration von Flüchtlingen würden einer Auswertung unterzogen „afin de pérenniser les meilleurs projets.“ mig

„Die Politiker meinen vielleicht, dass es Phänomene von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Luxemburg nicht gibt, aber es gibt sie.“

Laura Zuccoli